

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Köln -:

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Nummer 258

Gemeinsprecher Nr. 1

Laasphe, Montag den 4. November 1929

54. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die türkische Nationalversammlung wurde in Angora mit einer Rede des Staatspräsidenten eröffnet, die in der Hauptsache Wirtschaftsfragen behandelte.

Nach einer Meldung aus Tokio ist ein von Charbin nach Pogramischina fahrender Eisenbahnzug aus unbekannter Ursache in die Luft geflogen. Zwei Reisende wurden getötet und mehrere schwer verletzt.

Der Reichsbankdiskontsatz ist um $\frac{1}{2}$ v. H. und zwar von $7\frac{1}{2}$ auf 7 v. H. und der Lombardfuß von $8\frac{1}{2}$ auf 8 v. H. ermäßigt worden.

Das russische Flugzeug „Land der Sowjets“ ist auf dem Noworossor Flugplatz nach Beendigung seines Weltfluges glücklich gelandet. Auf dem Flugplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Im Gedränge wurden einige Personen verletzt.

Eine englische Unfreundlichkeit.

Während des Krieges hat England — wie die übrigen uns feindlichen Staaten — alles Vermögen, das deutsch, Staatsangehörige auf britischem Boden besaßen, beschlagnahmt. Die beschlagnahmten Grundstücke usw. wurden verkauft („liquidiert“), sagte man, weil sich das besser anhört, und der Erlös floss in die englische Staatskasse. Man motierte dieses Vorgehen damit, daß man sich schädlos halten müsse für die Verluste, die man durch Beschlagnahme des feindlichen Eigentums in Deutschland erlitten habe. Aber das feindliche Eigentum in Deutschland hat auf Grund dieser es weit mehr deutschen Besitz im Ausland als ausländischen in Deutschland gab, fast das Ausland viel größere Beträge ein, als ihm eigentlich zustanden. Der Young-Plan gibt nun den Entente-Staaten den Rat, diese Ueberschüsse an Deutschland zurückzugeben. Deutschland hat auf Grund dieser Bestimmung von England die Rückgabe dieses Ueberschlusses verlangt. Aber die englische Regierung hat das abgelehnt.

Obwohl schon in der letzten Zeit Anzeichen dafür sprachen, daß die Entscheidung der englischen Regierung in diesem Sinne fallen würde, muß doch diese offizielle Ablehnung auf das Stärkste überraschen, zumal für sie eine Regierung der Arbeiterpartei verantwortlich zeichnet. Wenn aber die Ablehnung schon überrascht, so muß die Begründung wegen ihrer brutalen Offenherzigkeit geradezu verblüffen.

Ohne sich an den Haager Vereinbarungen zu stoßen, nach denen die Rechtsfragen im Geiste der Verständigung und der Wiederherstellung des Vertrauens bereinigt werden sollen, stützt sich der englische Standpunkt auf den formal juristischen Anspruch, die Ueberschüsse aus den Liquidationserlösen zurückzubehalten zu können, mit der Begründung, daß aus den bisherigen Liquidationserlösen Ansprüche britischer Bürger in Höhe von mehr als 84 Millionen Pfund bezahlt worden seien. Der Ueberschuß sei als Reparationsanteil einbehalten worden. Die deutsche Regierung sei verpflichtet, die Ansprüche ihrer Bürger gegen alliierte Länder abzugelten. Trotzdem habe die englische Regierung 106 Millionen Reichsmark aus Gründen der Menschlichkeit freigegeben. Die englische Regierung übersieht dabei offenbar gänzlich, daß laut Versailles Vertrag Liquidationserlöse von den Reparationen abgezogen werden müssen. In einer Note der Alliierten vom 16. Juni 1929 ist unzweideutig festgelegt worden, daß hierbei eine Deutschland wirklich entlastende Gutschrift gemeint ist. Der Versailles Vertrag sieht zwar die deutsche Entschuldigungsverpflichtung gegenüber den Liquidationsopfern vor, um den Anschein einer Konfiskation zu vermeiden. Aber weder in Versailles noch sonst haben sich die Tributgläubiger darum gekümmert, daß Deutschland überhaupt in die Lage kam, dieser Pflicht nachzukommen. Die Zurückbehaltung zumindest der überschüssigen Liquidationserlöse bleibt also nach wie vor eine unverhüllte Konfiskation. Die von der englischen Regierung wirklich freigegebenen 5,3 Millionen Pfund machen zudem nur 5 v. H. des von England konfisziierten Privateigentums aus und sind in der Hauptsache an Gallengländer und an über den Versailles Vertrag hinaus zu Unrecht Enteignete geflossen.

Entgegen den englischen Versicherungen laufen die bisher schon in Angriff genommenen Liquidationen unentwegt weiter. Auch der Hinweis, daß England in der Behandlung der Liquidationsfrage nicht hinter dem fairen Verhalten anderer Gläubigerationen zurückbleibe, wird von englischer Seite bestritten. Es wird behauptet, wenn es nach dem Friedensvertrag gegangen wäre, dann würden die amerikanischen Reparationsforderungen voll aus dem deutschen Staatseigentum in Amerika bezahlt worden sein. Die Vereinigten Staaten hätten dann also keine Ansprüche aus dem Young-Plan. Die amerikanischen Freigabe sei also unmittelbar auf Kosten der deutschen Regierung durchgeführt worden. Die englische Regierung übersieht dabei, daß, falls sich die Vereinigten Staaten nach dem englischen Rezept verhalten hätten, die dann ausfallenden Forderungen der Vereinigten Staaten aus dem Young-Plan Deutschland in keiner Weise entlastet haben würden, sondern mit der gewohnten Selbstverständlichkeit zugunsten der übrigen Reparationsgläubiger aus Deutschland herausgepreßt worden wären. Tatsächlich aber hat die amerikanische Regierung das ganze deutsche Eigentum bzw. dessen Verkaufserlöse freigegeben und bezahlt die Kriegsausprüche seiner Bürger nach und nach im Laufe eines Menschenalters im wesentlichen aus seinem Teil seiner Reparationsquote, wobei im allgemeinen

Das Volksbegehren angenommen.

Über 10 Prozent der Stimmberechtigten eingetragen.

Die Eingetragungsfrist im Volksbegehren gegen den Young-Plan war am 29. Oktober abgelaufen. Das Ergebnis wird erst am 6. November amtlich bekanntgegeben. Aus den schon jetzt veröffentlichten Ziffern ergibt sich aber, daß die in der Reichsverfassung vorgeschriebene Zahl von Unterschriften — 10 Prozent der zum Reichstag Wahlberechtigten — erreicht worden ist. Aus Berlin wird darüber gemeldet:

Nach den beim Reichswahlleiter eingegangenen Meldungen ist die für die Annahme des Volksbegehrens erforderliche Ziffer überschritten worden. Von 41 019 181 Wahl-

berechtigten haben sich 4 136 384 für das Volksbegehren eingetragen, das sind 8495 über die erforderlichen 10 v. H. der Gesamtwahlberechtigten hinaus.

Der Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde lag — er richtet sich bekanntlich gegen die Annahme des sogenannten „Young-Reparationsplanes“ —, geht jetzt an den Reichstag. Wenn der Reichstag den Gesetzentwurf ablehnt, was nach den Mehrheitsverhältnissen als sicher anzunehmen ist, erfolgt eine Volksabstimmung. In dieser Abstimmung — „Volksentscheid“ genannt — faßt der Entwurf aber nur dann angenommen werden, wenn die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten, das sind mehr als 20 Millionen, mit „Ja“ stimmt.

20 v. H. der größeren deutschen Freigabebeiträge einstweilen als Pfand gelten.

Trotz allem, was man gegen dieses Verfahren einwenden kann, steht das amerikanische Turnholz über dem englischen. Amerika gibt an deutsche Eigentümer etwa $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark frei. England hat bisher 1,1 Milliarden Mark aus dem Verkauf deutschen Eigentums eingelöst. Obwohl England an Reparationen das Mehrfache der amerikanischen Quote erhält, hat es rund 800 Millionen Mark für Forderungen eigener Bürger verwandt und fräut sich dagegen, selbst den letzten Rest der Liquidationserlöse von rund 300 Millionen Mark zurückzugeben. Japan hat 70 v. H. der Liquidationserlöse freigegeben, Südafrika rund 95 v. H., Großbritannien selbst in Schanghai 75 v. H., Siam 49 v. H., Italien in seinen neuen Gebieten 80 bis 85 v. H., Frankreich hat 1926 vertraglich zugesichert, nach Beendigung des Abrechnungsverfahrens seine ganzen überschüssigen Liquidationserlöse zurückzugeben. Die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands in Lateinamerika haben im allgemeinen überhaupt auf die Liquidationen verzichtet. Das England Macdonalds kann sich also von dem Vorwurf nicht reinwaschen, als einzige unter den Kulturnationen Privateigentum ohne einen sachlichen Anlaß gleich praktisch für die eigenen staatlichen Kriegsschadensforderungen konfisziiert zu haben.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts.

Die Reichsbank hat am Samstag ihren Diskontsatz von 7½ Prozent auf 7 Prozent herabgesetzt. In seiner Begründung der Diskontermäßigung weist Reichsbankpräsident Dr. Schacht zunächst auf die Beunruhigung, die im Frühjahr im Zusammenhang mit dem Verlauf der Pariser Verhandlungen in Deutschland entstanden und durch das Verhalten gewisser ausländischer Kreise noch verstärkt war, hin. Nach der damaligen Diskontheraufsetzung hätten sich die Verhältnisse des Marktes und der Reichsbank grundlegend geändert. Es sei der Bank möglich gewesen, ihren Gold- und Devisenbestand wieder aufzufüllen. Die Finanzprognose der Reichsbank im Kreditgeschäft sei zurückgegangen, sowohl der Umlauf an Noten und Rentenbankscheinen als auch der gesamte Zahlungsmittelumlauf bewege sich etwa in Vorjahreshöhe.

Vom Standpunkt des Status der Reichsbank bestünden daher keine Bedenken, der nach wie vor schwer kämpfenden Wirtschaft durch eine Senkung des Diskontsatzes entgegen zu kommen. Daß dieser Schritt nicht eher getan werden konnte, sei in der Hauptsache in den angespannten Verhältnissen an den ausländischen Geldmärkten begründet gewesen. Da sich neuerdings an den meisten Auslandsgeldplätzen mit Senkungen verbundene Erleichterungen durchzusetzen beginnen, habe das Reichsbankdirektorium sich zur Ermäßigung entschlossen.

Die deutschen Städte sparen.

Ein Beschluß des deutschen Städtetages.

Die deutschen Städte über 50 000 Einwohner haben unter Führung ihrer Organisation, des deutschen Städtetages, einstimmig beschlossen, die schweren wirtschaftlichen Gefahren, die aus dem Uebermaß kurzfristiger Verschuldung ihnen und der gesamten Wirtschaft drohen, aus eigener Kraft zu bannen.

Da sie Hilfe von außen her — durch langfristige Kredite des Inlandes oder Auslandes — nicht zu erwarten haben, kann der Abbau der kurzfristigen Verschuldung nur dadurch geschehen, daß durch weitgehende Einschränkung aller den außerordentlichen Haushalt belastenden Ausgaben zunächst jede Kreditaufnahme für neue Projekte vermieden wird und die so freiwerdenden Beträge des inländischen Geldmarktes, soweit ihn die städtischen Geldinstitute, Spar- und Girokassen, in der Hand haben, zur Konsolidierung der kurzfristigen Verschuldung verwendet werden.

Zugleich ist vorgesehen, daß die Sparkassen, mit deren vollem Einverständnis diese Aktion geschieht, einen etwas größeren Teil ihres Einlagezuwachses als bisher den Kommunen für diese Zwecke zur Verfügung stellen. Das bedeutet eine entsprechende, wohl nicht sehr erhebliche Beschränkung der Mittel, die die Sparkassen dem Realcredit, d. h. in erster Linie dem Wohnungsbau, zur Verfügung stellen können.

Deutsch-polnische Verständigung.

Polen verzichtet auf weitere Liquidation deutschen Besitzes. Die Lage der deutschen Minderheit.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, ist zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen unterzeichnet worden, das eine Reihe von Streitfragen zwischen beiden Ländern regelt. Zunächst sind die Fragen der Liquidation des deutschen Privateigentums in Polen und der beiderseitigen finanziellen Ansprüche aus dem Versailles Vertrag geregelt worden.

Polen hat auf die Durchführung der Liquidation mit Wirkung vom 1. September verzichtet. Beide Regierungen haben auf die noch unerledigten vermögensrechtlichen Forderungen verzichtet, die auf Grund des Versailles Vertrages von staatlicher oder privater Seite gegen den anderen Teil erhoben worden sind. Infolgedessen sollen alsbald Verhandlungen über den Abbau des deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichts eingeleitet werden, vor dem ein großer Teil jener vermögensrechtlichen Forderungen anhängig ist.

Der zweite Teil der getroffenen Abmachungen bezieht sich auf die Lage der deutschen Minderheit in Polen. Die polnische Regierung hat für alle praktisch wichtigen Fälle zugesagt, von dem Wiederkaufrecht, das sie hinsichtlich der von den früheren preussischen Ansiedlungsbehörden gegründeten Ansiedlerstellen für sich in Anspruch nimmt, keinen Gebrauch mehr zu machen.

Das besondere Kennzeichen des Vertrages.

Zu dem in Warschau unter dem Namen „Deutsch-polnisches Arrangement“ abgeschlossenen Vertrag ist ergänzend zu berichten, daß alle diejenigen deutschen Objekte, die vom polnischen Staat noch nicht endgültig übernommen wurden, nicht mehr enteignet werden. Es handelt sich dabei um ungefähr 50 000 Gekta im Werte von etwa 50 Millionen Mark. Der polnische Verzicht auf das Wiederkaufrecht betrifft ungefähr 12 000 deutsche Bauernstellen, die seinerzeit von der preussischen Ansiedlungskommission geschaffen wurden.

Das besondere Kennzeichen dieses Vertrages ist, daß Deutschland nicht unerhebliche finanzielle Zugeständnisse gemacht hat, um dagegen nationalpolitische Zugeständnisse von Seiten Polens einzutauschen.

Der Vertrag tritt vorbehaltlich seiner gesonderten Ratifizierung gleichzeitig mit dem Young-Plan in Kraft. Von dem deutsch-polnischen Arrangement verzichtet man sich einen günstigen Einfluß auf die voraussichtlich am Dienstag beginnenden Handelsvertragsverhandlungen.

Die Regierungstrife in Frankreich.

Briand für Tardieu. — Eine Interpellation über die Räumung.

Wie aus Paris gemeldet wird, betonte Briand im Verlauf einer Unterredung, die Briand mit Tardieu hatte, daß er Tardieu um so eher seine Mitarbeit zusichern könne, als es sich nicht darum handle, den Weg für eine Reichsregierung vorzubereiten. Er persönlich würde sich an einer derartigen Politik auch niemals beteiligen. Briand sagte, Tardieu sei ein Mann der Mitte, zu dem man Vertrauen haben könne. Was Clementel nicht gelungen sei, werde ihm gelingen.

Die parlamentarische Gruppe Malingre, Vandoir, Bugnet und eine Anzahl Abgeordneter, die zu der Mehrheit gehören, die die Regierung Poincaré unterstützte, aber gegen Briand stimmte, haben am Freitag in der Kammer beschloffen, die neue Regierung Tardieu am Vorstellungstag vor der Kammer über die Außenpolitik und insbesondere die Rheinlandräumung zu befragen.

Die Radikalen machen nicht mit.

Nach weiteren Meldungen aus Paris hat die Kammerfraktion der linksbürgerlichen Radikalen Partei mit 48 gegen 28 Stimmen die Beteiligung an dem Kabinett abgelehnt und damit Tardieus Bemühungen, ein Ministerium auf breiter Grundlage zu bilden, vereitelt.

Tardieu erklärte der Presse, daß er sich durch die Absage von seiner Absicht, ein Ministerium zu bilden, nicht abbringen lassen werde. Im übrigen sprach er sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Radikalen ihm ihre Mitarbeit verweigert hätten.

Die indische Krise.

Indien soll Gliedstaat werden. — Konservativ Opposition gegen die englische Indienpolitik. — Der Widerhall in Indien.

Eine Rede des Vizekönigs von Indien.

Wie aus London gemeldet wird, hat der Vizekönig von Indien eine Erklärung zur indischen Verfassungsfrage abgegeben. Einleitend stellte er fest, daß es für die britische Regierung unmöglich sei, die Art der Verfassungsänderung voranzuführen, bis der Bericht des zum Studium der ganzen Frage eingesetzten Ausschusses dem Parlament vorgelegt sei.

Er sei von der britischen Regierung ausdrücklich beauftragt worden, festzustellen, daß das nächste Ziel die Erreichung des Dominion-Status — d. h. Gliedstaat mit selbständiger Regierung — für Indien sei. Zum Schluss kündigte er die Erweiterung des Aufgabentranges des Ausschusses durch den Beschluß an, nach Fertigstellung und Prüfung des Ausschusses Berichtes eine Konferenz zwischen britischen Regierungsvertretern und den Vertretern der verschiedenen Parteien und Interessierten Indiens einzuberufen, um die aus dem Bericht zu ziehenden praktischen Schlussfolgerungen zu erörtern. Er hoffe, daß das Vorgehen der britischen Regierung in Indien Billigung und Widerhall finden werde.

Die Stimmung in London. — Die Aufnahme in Indien.

Die durch die Erklärung des Vizekönigs von Indien entstandene Krise verstärkt sich. Ihre Entwicklung ist vorläufig noch gar nicht abzusehen, doch sprechen ernste Anzeichen dafür, daß die Folgerungen für Indien, wie auch für das innerpolitische Leben Englands sehr ernst sein können. Mit Ausnahme der „Times“ sind sich die konservativen Blätter einig, daß die Erklärung nur Schaden anrichten könne. Lord Birkenhead, der frühere Staatssekretär für Indien, hat einen Brief an den „Daily Telegraph“ geschrieben, in dem er u. a. erklärt, daß jeder, der überhaupt etwas von indischen Angelegenheiten verstehe, sich darüber klar sei, daß kein Mensch sagen könne, wann so weitgehende Veränderungen im staatlichen Leben Indiens möglich seien, ohne dieses Land in noch schlimmere Zustände zu stürzen, wie sie heute in China beständen.

Der Widerhall in Indien ist bisher durchaus günstig. Sämtliche Entwicklung an und die Regierung hat tatsächlich durch die Erklärung des Vizekönigs einen Erfolg aufzuweisen, dann ergibt sich hieraus von selbst eine Schwächung der innerenglischen Opposition. In diesem Zusammenhang verdient eine Nachricht aus Neu-Delhi Beachtung, wonach dort unter dem Vorherrschaft von Gandhi eine Versammlung bedeutender politischer Führer Indiens stattgefunden hat, an der auch der Präsident der gesetzgebenden Versammlung teilnahm. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Eine allgemeine Amnestie, eine englische Zusicherung, daß eine große englisch-indische Konferenz zur Erörterung des Indiens zu gewährenden Dominion-Status einberufen werde, auf der in erster Linie die Mitglieder des allindischen Nationalkongresses vertreten sein müßten.

Gegen die englische Rußland-Politik.

Von der konservativen Unterhausfraktion ist eine Entschließung eingebracht worden, die die Namen Baldwin und Sir Austen Chamberlain trägt und in der dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben wird, daß es der britischen Regierung nicht gelungen sei, an den Bedingungen festzuhalten, die von Ministerpräsident MacDonald und Außenminister Henderson als die unerlässliche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland bezeichnet wurden. Die Entschließung wird bei der allgemeinen Rußland-Aussprache im Unterhaus zur Erörterung kommen.

Politische Tageschau.

— Strafantrag gegen Eugen Berg. Amlich wird mitgeteilt: In verschiedenen Blättern sind in einem von Dr. Eugen Berg verfaßten Artikel schwere Beschuldigungen gegen die mit der amtlichen Feststellung des Eintragungsergebnisses beim Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ befaßten Beamten ausgesprochen. In dem Artikel finden sich folgende Sätze: „Ist die Schlacht gewonnen oder verloren? Der sozialistische Reichsinnenminister will es uns erst am 6. November verraten. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzu sehr „retuschiert“. Gegen Schluß des Artikels heißt es: „Aber wir haben den Kampf aufgenommen und hoffen Gutes von ihm für unser Land und Volk, einerlei, was die Organe des Reichsinnenministers beim Volksbegehren herausrechnen.“ — Der Reichsinnenminister hat wegen der in diesen Sätzen enthaltenen Beleidigung der ihm unterstellten mit der Ermittlung des Eintragungsergebnisses befaßten Beamten Strafantrag gestellt.

— Eine Partei der nationalen Erneuerung. Der Jungdeutsche Orden will, wie wir bereits am Sonnabend mitteilten, die Bildung einer Partei auf nationaler Grundlage erstreben, welche Angehörige aller Stände in einer neuen Front sammeln soll. In dem Aufruf des Hochmeisters wird die Bildung einer „Volksnationalen Vereinigung“ bekanntgegeben, die die Vorstufe zu dieser neuen Partei abgeben soll. Es heißt in dem Aufruf: „Die Volksnationalen Reichsvereiner erstrebt die Bildung einer großen Partei der nationalen Erneuerung. Dieser sichert sie Mitarbeit und Unterstützung zu, wenn sie den Ausbau der Republik zum wahren Volksstaat erstrebt, unter Abkehr von parteipolitischen Demagogien den Willen zum verantwortlichen, auch unpopulären Handeln besitzt und für Sauberkeit im politischen Leben eintritt.“

— Eintägiger Generalfreitag der Araber in Palästina. Wie aus Jaffa gemeldet wird, nimmt die arabische Boykottbewegung in Palästina immer stärkere Formen an. Die meisten jüdischen Kaufleute sind bereits aus Jaffa nach der jüdischen Kolonie Telaviv übergesiedelt. Aus dem ganzen Lande treffen beunruhigende Nachrichten ein über Versammlungen, in denen die Araber in großen Reden zu neuen Gewalttaten aufgefordert werden. — Die amtlichen Kreise legen diesen Gerüchten jedoch keine Bedeutung bei, da das Militär Herr der Lage ist. Am Samstag fand ein Generalfreitag der Araber statt. Die Araber haben überall schwarze Flaggen gehißt.

Die amtliche Großhandelsrichtzahl vom 30. Oktober.

Berlin, 3. November. Die auf den Stichtag des 30. Oktober berechnete Großhandelsrichtzahl des Statistischen Reichsamts ist gegenüber der Vorwoche (137,0) um 0,4 v. H. auf 136,5 zurückgegangen.

Aus Laasphe und Umgegend.

Die Nährkraft des Honigs.

Die allerältesten Völker haben schon den Wert des Honigs gekannt und mit Vorliebe Bienen gezüchtet. Davon zeugen die Geschichtsdenkmäler der Ägypter und der alten Indier. Der Honig wurde früher in Italien und Griechenland in erstaunlichen Mengen genossen, die Früchte wurden darin eingemacht und die Speisen und Getränke damit versüßt. Heute noch vermengt man die griechischen und die spanischen Weine mit Honig, um ihnen den angenehmen Geschmack zu geben, den wir am Madeirawein zu würdigen wissen.

Durch die Einführung des Zuckers sank jedoch der Verbrauch an Honig in bedenklicher Weise. In neuerer Zeit aber lernt man ihn wieder nach seinem wahren Werte schätzen, und zwar weil wir kaum ein zweites Lebensmittel haben, was Leichtverdaulichkeit, Nährstoff und Wohlgeschmack anbelangt. Wie das Wasser unmittelbar in die Blutgefäße übergeht und seinen Rückstand hinterläßt, wie reines Öl in bestimmter Menge vollständig in das Blut aufgenommen und im Körper aufgespeichert wird, so geht der Honig, ohne auch nur die geringste Spur eines Rückstandes zu hinterlassen, unmittelbar in das Blut über, dient ihm bei seiner chemischen Umgestaltung zur Erwärmung des Körpers und zur Entwicklung lebendiger Kraft und ist somit, wenn er auch nicht das Leben für sich allein zu erhalten vermag, einer der ausgezeichnetsten Nährstoffe, die wir kennen. Was wir an Honig unserem Körper zuführen, das ist unser, und darüber schaltet der Stoffwechsel frei und unbeschränkt. Wenn der Tourist in Tirol und in der Schweiz sich durch das mit Honig versetzte Frühstück in höherem Grade gestärkt fühlt als daheim, so ist dies also keine Einbildung, denn er hat mit jedem Bissen Honig, mit dem er sein Brot bestreicht, mehr kräftigendes Nahrungsmittel in sein Inneres eingeführt als daheim mit der besten Butter. Der reine deutsche Naturhonig enthält gerade diejenigen Stoffe, die am schnellsten und leichtesten die Verdauung befördern; es empfiehlt sich daher, ihn nur von solchen Zürlern zu beziehen, wo man die Gewähr dafür hat, aus reiner, unverfälschter Quelle zu schöpfen.

Wettervorhersage für den 5. November: Keine wesentliche Veränderung.

Die Steuerkontrolle 1928/29. Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst der Reichsfinanzverwaltung berichtet über das Ergebnis seiner Tätigkeit im Rechnungsjahr 1928/29, daß in 51 687 Fällen der Steuerhinterziehung 142,2 Millionen M. Mehrsteuern in die Steuerkassen geleitet werden konnten. — An Geldstrafen kamen dafür weitere 2,9 Millionen M. ein. Die Einkommensteuer ist an diesen Mehrsteuern mit 40 Prozent, die Körperschaftsteuer mit 24 Prozent, die Umsatzsteuer mit 9 Prozent, die Vermögenssteuer mit 4 Prozent, die Land-, Kirchen- u. a. Steuern mit 14 Prozent beteiligt.

Unberechtigtmäßige Postanweisungen und Zahlarten. Die Deutsche Reichspost bittet uns, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß Zahlarten und Postanweisungen, deren äußere Abmessungen mit den amtlichen nicht übereinstimmen, bei denen insbesondere der linke Abschnitt die vorgegebene Breite von 43 Millimeter übersteigt, seit 1. Juli nicht mehr benutzt werden dürfen, weil sie den Dienstbetrieb bei den Postfachbedienten empfindlich stören und erschweren.

* Laasphe, 4. Nov. (Was wird aus der alten Schule?) Durch die Zusammenlegung der Aemter wird die Verlegung des Amtes Banse in ein anderes Amtsgebäude notwendig werden. Unsere Stadtverwaltung plant nun, das alte Schulgebäude dem Amte Banse als Amtsgebäude anzubieten. Ob dieser Vorschlag Wirklichkeit wird, steht einstweilen noch dahin.

* Laasphe, 4. Nov. Der Übergang von der Bahnhofsstraße zur Friedrichstraße ist seit geraumer Zeit in einem sehr schlimmen Zustand. Die Straßentrinne liegt zu tief, so daß das Regenwasser sich dort sammelt und große Schlammfäden bildet. „Springprozeffionen“ gäbe es hier bei Überflutungen, wie Stadtb. Melchior in der letzten Stadtkonferenz ausführt. Einmal ist es sogar vorgekommen, daß einem jungen Mädchen bei einer Überflutung der Schuh im Morast stecken blieb. Inzwischen sind schon Verhandlungen gepflogen worden zwischen der Stadt- und der Provinzialverwaltung, um festzustellen, wer für die Beseitigung dieses Uebelstandes zuständig ist. Hoffentlich führen sie bald zum Ziel.

□ Banse, 4. Nov. (Wahlvorschläge zur Amtsversammlung des Amtes Banse.)

Nr. 1. Louis Grund, Direktor, Banse. Adolf Feuring, Former, Niederlaasphe. Otto Hilsmann, Wertmeister, Bernershausen. Freiherr Carl von Wittgenstein, Fabrikant, Kunst-Wittgenstein. Eduard Weiß, Stellmacher, Fischelbach. Wilhelm Marburger, Unternehmer, Hesselbach. August Schuppener, Arbeiter, Puderbach. Heinrich Marburger, Schreiner, Herberthshausen. Ludwig Blecher, Landwirt, Bernershausen. Georg Weber, Bahnarbeiter, Saffmannshausen. Herbert Göbel, Landwirt, Banse. Karl Schwarz, Hüttenbeamter, Niederlaasphe. Ludwig Roth, Schreiner, Banse. Hermann Nischenbach, Mühlenbesitzer, Niederlaasphe. Adolf Weber, Landwirt, Bernershausen. Adolf Wagner, Landwirt, Banse. Fritz Schäfer, Unternehmer, Fischelbach. Christian Weiß, Landwirt, Hesselbach. Friedrich Pfeil, Stellmacher, Puderbach. Heinrich Althaus, Holzhändler, Herberthshausen. Wilhelm Schmidt, Invalide, Bernershausen. Adolf Zode, Landwirt, Holzhausen. Fritz Göbel, Müller, Banse. Otto Kroh, Landwirt, Niederlaasphe.

Nr. 2. Otto Schäfer, Invalide, Niederlaasphe. Heinrich Kleitkamp, Maurer, Banse. Adolf Hölse, Hüttenarbeiter, Herberthshausen. Karl Schäfer, Schreiner, Puderbach. Gustav Marburger, Pflasterer, Fischelbach. Ewald Weber, Holzarbeiter, Hesselbach. Otto Feuring, Emaillierer, Niederlaasphe. Friedrich Schmidt jr., Fabrikarbeiter, Banse. Nr. 57. Hermann Schreiber, Schreiner, Puderbach. Robert Heinrich, Former, Herberthshausen.

Nr. 3. Fritz Mittelmann, Hauptlehrer, Banse. Friedrich Beder jr., Modellschlosser, Niederlaasphe. Ludwig Scheff, Landwirt, Fischelbach. Heinrich Linde, Weichensteller, Saffmannshausen. Wilhelm Kraft, Maurer, Banse.

□ Banse, 4. Nov. (Wahlvorschläge zur Gemeindevertretung Banse.)

Nr. 1. Saffmannshausen, Heinrich, Former. Klaus, Wilhelm, Maurer. Nischenbach, August, Schreiner. Ludenbach, Ferdinand, Maurer. Roth, Heinrich, Landwirt. Krings, Gustav, Former. Wagner, Wilhelm, Waldarbeiter. Kohlberger, Karl, Former.

Nr. 2. Heinrich Kleitkamp, Maurer. Ludwig Schmidt, Former. Friedrich Schmidt jun., Fabrikarbeiter. August Jung, Maurer. Adolf Althaus, Fabrikarbeiter. Fritz Roth, Former. Fritz Schmidt, Maurer. Ernst Bode, Fabrikarbeiter. Richard Singer, Former.

Nr. 3. Adolf Schmidt sen., Schneidermeister. Robert Frank jun., Landwirt. Wilhelm Schneider jun., Schmiedemeister. Friedrich Widel sen., Landwirt. Adolf Schmidt sen., Landwirt. Georg Müsse sen., Landwirt.

Nr. 4. Heinrich Börr sen., Schreinermeister. Fritz Mittelmann, Hauptlehrer. Adolf Wagner, Landwirt. Wilhelm Kraft, Maurer. Friedrich Wunderlich, Fabrikarbeiter. Friedrich Göbel, Müller.

Nr. 5. Louis Grund, Fabrikdirektor. Ludwig Roth, Schreinermeister. Heinrich Roth, Maurer. Eduard Dietrich, Dachbeder.

Erntedankfest, 4. Nov. Die Arbeiten an der neuen Eisenbahnbrücke bei der Hauptmühle, Strecke Erntedankfest — Fischelbach, schreiten in ununterbrochener Tag- und Nachtschicht gut voran. Die zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erforderlichen umfangreichen Arbeitsarbeiten waren bei der Beschaffenheit des Baugeländes trotz aller Vorsichtsmaßnahmen für den Betrieb nicht immer ohne Bedenken. Ständige gewissenhafte Überwachung der Arbeiten ist daher noch jetzt geboten. Wenn nicht plötzlich eintretender Frost oder Schnee die Weiterarbeit hemmt oder gar unmöglich macht, wird die ganze Neuanlage bis längstens Ende dieses Monats ihren Abschluß finden.

Die Aufforkungsbekreibungen im Kreise Wittgenstein.

Von W. Parnmann, f. d. l. Oberförster.

Wie bekannt, bemüht sich die Forstabteilung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Wittgenstein die Aufforkungstätigkeit der Landwirte zu fördern. Zur Aufforkung gelangen soll der Grundbesitz, der nicht dringend für landwirtschaftliche Zwecke benötigt wird und welcher von dem betreffenden Landwirt nach eigenem Ermessen zur Aufforkung bestimmt wird. Der aufgeforkelte Grund und Boden bleibt selbstverständlich freies Eigentum des bisherigen Besitzers und wird von ihm nach wie vor verpachtet. Die Forstabteilung stellt dem Kleinanbauer nur mit ihrem Rat zur Seite. Auch eine Beschneidung des Eigentums ist keineswegs beabsichtigt.

Mit der Gründung der Forstabteilung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins haben die Landwirte unseres Kreises einen Weg betreten, der, nachdem die Waldgenossenschaftsbildung keine zufriedenstellenden Ergebnisse zeitigte, geeignet ist, dem zu erstrebenden Ziele um ein großes Stück näher zu kommen. In ausgeprägter Selbstverwaltung, aber unter Mitwirkung der in Frage kommenden Behörden, welche fast reiflos ihre Mitarbeit zugesagt haben, die Aufforkungsbekreibungen in dem geplanten Sinne zu fördern, wird die Forstabteilung mit der Aufforkung bereits im Frühjahr 1930 beginnen, falls, was nach den bisherigen Besprechungen und Zusagen erwartet werden kann, die finanzielle Frage gelöst ist.

Der Grundgedanke des durch die Forstabteilung in Angriff genommenen Unternehmens ist, den Wittgensteiner Landwirt unter Betonung des Selbstverwaltungsgedankens zu überzeugen, daß ihm und seinem Nachkommen in Ansehung der keineswegs günstigen landwirtschaftlichen Verhältnisse mit erhöhter Aufforkungstätigkeit gedient ist. Noch einmal wird dem Wittgensteiner Bauer durch seinen eigenen Berufsstand die Möglichkeit geboten, ohne beherrschenden Zwang nach liegenden Grund und Boden nach und nach in Kulturland umzuwandeln. Versäumt er jetzt zu beweisen, daß er bereit ist, im Sinne des Ausdrucks „Eigentum verpflichtet“ zu handeln, so ist es dem Staate nicht zu verdenken, wenn er, auch in Ansehung des Mißerfolges mit dem speziell für den Kreis Wittgenstein erlassenen Waldgenossenschaftsgesetz nunmehr zu Zwangsmaßnahmen greift, was andere Staaten zum Teil bereits getan haben.

Nach den bisherigen Berichten der Ortsgruppenvorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisvereins haben viele Wittgensteiner Landwirte eingesehen, daß es im eigenen Interesse liegt, von der gebotenen Gelegenheit Gebrauch zu machen.

Bis zum 1. Oktober 1929 haben sich bereits 128 Landwirte aus 22 Gemeinden gemeldet, welche die Absicht haben, teilweise aufzuforken, wozu zu bemerken ist, daß die Meldungen von besonders interessierten Gemeinden noch nicht eingegangen sind, weil deren Ermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die obigen 128 Landwirte stellen bereits 548,56 Morgen Land zur Aufforkung zur Verfügung. Wir werden nicht fehlgehen in der Annahme, daß mit Einschluß der noch zu erwartenden Meldungen 800 bis 1000 Morgen Dedland zur Aufforkung im Laufe eines Jahres freigegeben werden. Diese relativ hohen Ziffern legen den Beweis dafür ab, daß der an sich leicht zu Bedenken neigende Wittgensteiner Bauer zu einer Einrichtung Vertrauen hat, die unter Aufsicht staatlicher Zwangsorgane Selbstverwaltung seines Berufsstandes beruht, aber den in Frage kommenden Behörden in Ansehung des volkswirtschaftlichen Zweckes verständnisvoll gefördert wird.

Sollten sich die Hoffnungen erfüllen, zu welcher Annahme wir in Ansehung der obigen Zahlen, die ein Aufforkungserfolg bedeuten, berechtigt sind, so können der Landwirtschaftliche Kreisverein und die beherrschenden Stellen, welche ihre Hilfe nicht versagen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Grundlage zu einem Kulturvertrauen gelegt zu haben, welches in Bezug auf den Wohlstand der bäuerlichen Bevölkerung unseres Kreises nicht ohne Erfolg bleiben wird.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.

Allendorf — Laasphe 4 : 2 (3 : 1).

Marbach — Zeubingen 4 : 3.

Wiesenbach — Wetter 7 : 1.

Laasphe 2. — Banse 2 : 1 : 1.

Zeubingen 2. — Diederhof 2. kamplos gewonnen, weil

Frankenberg — Bottenhorn 2 : 1.

Diederhof nicht angetreten.

Herberthshausen 1. — Verleburg 1 : 3 : 2.

Städtepiel: Frankfurt a. M. — Nürnberg-Gürth 1 : 2

Aus Nah und Fern.

Siegen, 4. Nov. Vor dem Schöffengericht Siegen stand der Maurer August H. aus Feudingen, der beschuldigt ist, am 10. 5. 29 auf der Eisenbahnstrecke Oberndorf-Feudingen mit einem 9jährigen Mädchen unsittliche Handlungen begangen zu haben. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des H. zu 9 Monaten Gefängnis. Von dieser Strafe muß er 3 Monate verbüßen. Verbüßt er sie einwandfrei, sollen ihm die restlichen 6 Mon. auf 2 Jahre ausgesetzt werden. — Der Arbeiter Otto G. in Oberndorf hatte in einer Arbeitsbescheinigung, die er zum Zwecke der Erlangung von Arbeitslosenunterstützung erhalten hatte, den darin angegebenen Arbeitsverdienst der letzten 6 Wochen von 610,46 RM. in 670,46 RM. abgeändert, um eine höhere Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. G. ist geständig, will aber in großer Not gehandelt haben. G. wurde wegen schwerer Urkundenfälschung in Lateinzeit mit Betrugsversuch zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen kostenpflichtig verurteilt. (Sieg. Ztg.)

Δ Dissenburg. (Opfer der Arbeit.) Auf der Eisenbahngrube „Constance“ wurden die Bergleute Paul Hammer und Ferdinand Knaas aus Langenbach von herabstürzenden Gesteinsmassen verschüttet. Beide kamen mit schweren inneren und äußeren Verletzungen ins Krankenhaus. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Auf dem Bahnhof Sordorf im Kreis Siegen wurde der Zugführer Krens aus Altenhuden bei einem Wagenzusammenstoß gegen die Wand geschleudert. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch und starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Δ Marburg. (Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Küster 90 Jahre alt.) Seinen 90. Geburtstag beging am 2. November der Geheimrat und ordentliche Professor der Chirurgie Dr. med. Ernst Küster aus Berlin-Charlottenburg. Der in Kalkofen auf der Insel Wollin Geborene absolvierte das Marienstift-Gymnasium in Stettin und besuchte die Universitäten Bonn, Würzburg und Berlin. Nachdem er Assistent im katholischen Krankenhaus unter Wilms in Bethanien, Berlin, war, machte er die Kriege 1866 und 1870-71 mit. Von 1871-1880 leitete er das Augusta-Hospital und ging 1890 als ordentlicher Professor der Chirurgie und Leiter der chirurgischen Klinik an die Universität Marburg. Hier wurde er als Vertreter in das Preussische Herrenhaus entsandt. Im Jahre 1907 trat er in den Ruhestand und ließ sich in Berlin-Charlottenburg nieder, wo er eine Privatklinik leitete. Die medizinische Wissenschaft verband ihm eine Reihe wertvoller Werke. Für seine hervorragenden Verdienste wurde er zum Geheimen Medizinalrat sowie zum Generalmajor a la suite des Sanitäts-Korps im Range eines Generalmajors ernannt. Die Universität Marburg ließ dem Jubilar eine Adresse von der Kaiserlichen Gesellschaft der Wissenschaften überreichen.

Δ Marburg. (Pessische Seimatausstellung.) Hier wurde eine Seimatausstellung im neuen Kreishaus eröffnet. Es handelt sich um eine Ausstellung, in der wertvolle alte Hessische Volkskultur gezeigt werden soll. U. a. ist zu sehen das heimliche Handwerk, aus alten Familienbesitz stammende Möbel aus älterer und neuerer Zeit, kunstvolle alte Stiche, Teppiche auf Wäsche und Kleidungsstücken aller Art. Frau Prof. Thielmann aus Willingshausen zeigt an vielen Kleidungsstücken die Verwendung alter Volkskunst für neue Zwecke. Auch die Kirchenkunst ist in zahlreichen Handarbeiten neuerer und älterer kirchlicher Gegenstände vertreten.

Δ Frankfurt a. M. (Beamte und Volksbegehren.) Nach einer Blättermeldung haben sich in Frankfurt fünfzig Reichs-, Staats- und städtische Beamte in die Listen des Volksbegehrens eingetragen. Zwei bis drei Beamte haben ihre Eintragung wieder rückgängig gemacht, nachdem die ministerielle Verfügung bekanntgegeben wurde, nach der über die Eintragung von Beamten Meldung gemacht werden sollte.

**** Bonn.** (Ein Kriegsblinder um seine Rechte zu kämpfen.) Auf dem Kreiswohlfahrtsamt Bonn fand eine Sprechstunde des Versorgungsamtes statt. Vor der öffentlichen Zeit waren drei Kriegsblinde „zur Untersuchung“ geladen worden, jedoch nicht amtlich, sondern, wie sich nachträglich herausstellte, von einem gewissen Betrüger. Zwei der betroffenen Blinden saßen im Wartezimmer, als ein Mann erschien, der den einen Blinden, der seine Frau bei sich hatte, fortstieß mit der Bemerkung, seine Sache sei schon erledigt. Von dem anderen Blinden forderte er die Papiere und vor allem die Rentenkarte. Der Blinde übergab dem Schwindler abnungslos die Papiere, mit denen dieser verschwand. Als dem Blinden die Zeit zu lang wurde und er sich erkundigte, was er denn eigentlich solle, stellte sich heraus, daß er vom Versorgungsamt gar nicht geladen war. Inzwischen hatte der Schwindler aber schon auf dem Postamt die Rente von über 200 RM. abgeholt. Der dritte zur Untersuchung geladene Blinde erschien später und entging so dem Mißgeschick seines Kameraden.

— Durch Almosen zum Millionär. Kam da dieser Tage in ein Wormser Geschäft ein wohlhabendes Bäuerlein aus der Pfalz. Er kaufte groß ein und erzählte folgende wunderbare Geschichte: Es mag ein Jahr her sein, da stand ein Bettler vor der Tür seines Gehöftes und bat um ein Mittagessen. Der Landwirt schlug diese Bitte zunächst ab. Aber seine Frau fuhr ihn kräftig an, ob er kein Herz habe. Der Bettler wurde zu Tisch geladen. Er erzählte die Geschichte eines Patentes, an dem er arbeite. Vielleicht hätte ein gewisser Geschäftsmann diese Patentgeschichte beachtet. Der Bauer aber begann sich zu interessieren, raffte sich sogar dazu auf, zweimal je 500 Mark für die kleinen letzten Verbesserungen, die das Patent noch nötig hatte, vorzustrecken. Der Erfinder aber blieb ganz bei dem Landwirt, schlief dort, wurde immer kräftiger und starb schließlich. Zuvor aber vermachte er testamentarisch unserm Bäuerlein das Verwertungsrecht für das Patent. Nun, das Patent wurde akzeptiert, Verhandlungen mit einer großen deutschen Firma dieser Branche waren schon eingeleitet, ein Abschluß über 600 000 Mark des Apparates wurde getätigt und mit 6 M. pro Stück sollte das Bäuerlein beteiligt sein. 600 000 Stück je 6 Mark! Der Bauer ist Millionär. Es handelt sich bei dem Apparat um einen Verhinderer des Kurzschlusses bei Starkstromleitungen, also um eine höchst praktische Sache.

□ Grecher Banküberfall in Braunschweig. In Braunschweig fuhr vor dem Gebäude der Zweigparkasse der Braunschweigischen Landesbank im Hause Theater-Wall Ecke Junge Leute entgegen. Diese begaben sich in das Gebäude der Bank. Während der eine der Bankräuber die beiden Angestellten mit einem Revolver in Schach hielt, festelte der andere diese mit einer Gardenschmür. In der Zwischenzeit entfernten sich die drei in dem Auto und konnten unerkannt entkommen.

Ösnabrück, 3. November. Das 2½ Jahre alte Söhnchen des Dachdeckermeisters Tischlerlein fiel in der Nähe des Marktplatzes in Nordhorn von einer Kaimauer in die Weite. Ein Besucher des Herbstmarktes bemerkte den Vorfall und sprang beherzt dem Jungen nach. Die Wiederbelebungsbemühungen bei dem aus dem Wasser geholten Kleinen waren von Erfolg. Erst später sah man auf der Weite eine Mütze treiben, die dem Großvater des Kindes, dem Rentner Gerhard Ferns, gehörte. Man suchte daraufhin die Weite ab und fand gegen Mittag die Leiche des alten Mannes, der wahrscheinlich bei einem Rettungsversuch des Kindes verstorben ist.

□ Hohe Geldstrafen im Magdeburger Spritschieber-Prozess. In der Berufsungsverhandlung des zweiten Magdeburger Spritschieber-Prozesses (Strand und Genossen), die mehrere Wochen in Anspruch nahm, wurde vom Landgericht in Magdeburg das Urteil gefällt. Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz erhielten acht Angeklagte neben mehrmonatigen Gefängnisstrafen Geldstrafen in Höhe von 500 000—1 200 000 Mark.

□ Drei Knaben beim Spiel getötet. In einer Sandgrube bei Altfrauenhof bei Regensburg wurden drei spielende Knaben im Alter von 8 bis 10 Jahren von Sandmassen verschüttet. Ehe Hilfe kam, waren zwei bereits tot, der dritte Junge wurde noch lebend geborgen, starb aber bald darauf.

Vier Arbeiter beim Baugerüststurz schwer verletzt.

Leipzig, 3. November. Ein am Elektrizitätswerk Leipzig-Nord angebrachtes etwa 16 Meter hohes Baugerüst ist eingestürzt. Dabei stürzten sieben Arbeiter, die in acht Meter Höhe beschäftigt waren, ab. Vier von ihnen wurden schwer verletzt und mußten sofort ins Krankenhaus gebracht werden, während die übrigen drei nur leichtere Verletzungen erlitten.

□ Erdbeben in Bukarest. Bukarest wurde von einem Erdbeben erschüttert, das 45 Sekunden dauerte. Da die seismographischen Apparate durch die Erschütterung zerstört worden waren, konnte die Stärke des Erdbebens nicht festgestellt werden. Doch wird sie von dem Leiter der Erdbebenstation auf 7 bis 8 Grad geschätzt. Bei einer Stärke von 9 Grad wäre das Erdbeben katastrophal gewesen. Es spielten sich in vielen Häusern, besonders in öffentlichen Gebäuden und Schulen fürchterliche Panikszenen ab. Im Finanzministerium und im Landwirtschaftsministerium sowie in vielen Privathäusern entstanden in den Mauern tiefe Risse. Von dem Dach der katholischen Kathedrale stürzten zwei steinerne Figuren ab und töteten eine 50jährige Frau. Weitere Todesopfer wurden nicht gemeldet. Auch in den übrigen Städten Rumaniens wurde das Erdbeben verspürt.

□ Ein Schnellzug überfährt sieben rumänische Streikarbeiter. Wie aus Bukarest berichtet wird, ist der Schnellzug Konstanza-Bukarest bei der Station Brazi in eine Gruppe von Streikarbeitern hineingefahren. Sechs Arbeiter wurden sofort getötet und einer ist schwer verletzt worden. Der Lokomotivführer hat das Unglück überhaupt nicht bemerkt. Erst, als der D-Zug in Bukarest hielt, bemerkte man an der Lokomotive starke Blutspuren, worauf man durch telegraphische Anfrage von dem Unglück Kenntnis erhielt. Die Streikarbeiter dürften infolge dichten Nebels das Herankommen des Zuges nicht bemerkt haben.

□ Neuer Probeflug des „R. 101“ über England. Das englische Luftschiff „R. 101“ überflog bei seinem letzten Probeflug Schloß Sandringham, wo der König von England zu seiner Erholung weilt. Das Schiff kreuzte längere Zeit über dem mittleren England und prüfte dabei seine Kompassse. Es traf um 16.55 Uhr wieder auf dem Landeplatz ein und wurde am Untermaß festgemacht. Die höchste erreichte Geschwindigkeit betrug etwa 112 Km. je Stunde. Das Luftschiff „R. 100“, das in Folwen gebaut wird, ist inzwischen soweit fertiggestellt, daß mit den ersten Probeflügen am 15. November gerechnet wird.

□ Ein Schwerverbrecher stellt sich selbst. In Warschau hat sich der seltene Fall ereignet, daß ein wegen mehrerer Morde und Ueberfälle gefangener Schwerverbrecher an einen Schutzmann auf der Straße mit der Bitte herangerufen ist, ihn zu verhaften. Als der Polizeibeamte an der Identität des Mörders Zweifel hegte, zog letzterer seine Papiere hervor und wies sich als der Gefangene aus. Im übrigen erklärte er, daß er sich seit seiner letzten Verurteilung am 19. Oktober verhaftet gehalten habe. Da ihm jetzt bekannt geworden sei, daß die Polizei auf seine Ergreifung eine Belohnung ausgesetzt habe, wolle er sich doch lieber selbst stellen, als irgend jemanden an seiner Verhaftung verdienen zu lassen.

□ Wieder ein Schiffszusammenstoß auf dem Michigan-See. Auf dem Michigan-See ist es zu einem neuen schweren Schiffszusammenstoß gekommen, dem dritten innerhalb einer Woche. Der Dampfer „Marquette“ stieß mit dem Dampfer „Senator“ zusammen, wobei der letztere in ganz kurzer Zeit sank. Man befürchtet, daß 30 Personen ihr Leben verloren haben. Weiter wird berichtet, daß 16 Ueberlebende an Bord eines anderen Dampfers aufgenommen wurden. Insgesamt sind 20 von 28 Mitgliedern der Besatzung des „Senator“ gerettet worden. Die noch vermissten acht Personen gelten als ertrunken.

□ Preiserhöhung der Ford-Werke. Die Ford-Automobilwerke in Detroit haben die Preise für alle in ihren Werkstätten hergestellten Kraftwagen ermäßigt. Die Preiserhöhung beträgt durchschnittlich 5 v. H. Man nimmt an, daß Ford mit dieser Maßnahme zur Verhütung des Publikums im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen an der New Yorker Börse beitragen wollte.

□ Falschung von vorangegangenen Schakanweisungen im Gefängnis. Die Lissaboner Polizei deckte großzügig angelegte Fälschungen von Schakanweisungen in Höhe von drei Millionen Escudos auf. Die Fälscher hatten auf chemischem Wege Titel von 10 000 zu Titeln von 100 000 Escudos umgefälscht. Der Führer der Fälscherbande ist ein seit acht Jahren im Gefängnis sitzender Gauner, der vom Gefängnis aus verschiedene Diebstähle geleitet hat und auch die oben erwähnten Fälschungen im Gefängnis persönlich vornahm. Die Polizei konnte alle Beteiligten festnehmen und aller Schakanweisungen habhaft werden.

□ Ein amerikanischer Staatssekretär verurteilt. Der frühere amerikanische Staatssekretär des Inneren Albert Fall in New York ist wegen Bestechung zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 100 000 Dollar verurteilt worden. Fall hatte seinerzeit staatliche Dampfer verpachtet, wofür er Bestechungsgelder in Höhe von 100 000 Dollar erhalten hatte.

□ Scharfe Granaten als Hauschmuck. In Newton in der Grafschaft Devonshire wurde festgestellt, daß die vor zwei Jahren an einem dortigen Vereinsgebäude als Erinnerungszeichen angebrachten 30 Bomben und Granaten aus dem Weltkrieg durchweg noch geladen waren. Der Stadtrat hat nun die schleunigste Entfernung beschloffen, da die Geschosse reichen würden, die ganze Ortschaft dem Erdboden gleichzumachen.

Der Zusammenbruch der Südwestdeutschen Bank.

Direktor Sauerbrey verhaftet.

Der Frankfurter Untersuchungsbehörde ist es gelungen, den flüchtigen ehemaligen Direktor der Südwestdeutschen Bank A.-G., Direktor Siegfried Sauerbrey, verhaften zu lassen. Es war in der letzten Zeit ermittelt worden, daß Sauerbrey sich auf seiner Flucht zunächst nach Köln gewandt hatte. Von dort führte die Spur über Leipzig nach Prag. In Prag ist die Festnahme erfolgt.

Zu der Verhaftung meldet die Prager Polizeidirektion: Vor ungefähr zwei Monaten flüchtete aus Frankfurt a. M. der Direktor eines Bankhauses, der 28jährige Siegfried Sauerbrey, und wie nach seiner Flucht festgestellt wurde, hat er einen Betrag von 680 000 Mark defraudiert. Die deutsche Polizei wandte sich an die Kriminalpolizei in Prag und bat sie durch ihren Kommissar Römer, ihr bei der Suche nach dem Defraudanten behilflich zu sein. Der Prager Polizei gelang es tatsächlich, festzustellen, daß sich Sauerbrey in Prag aufhalte, und es gelang ihr, den Sauerbrey in einem Prager Gasthause festzunehmen. Der Defraudant wurde den zuständigen Behörden übergeben.

Oberbürgermeister Böß in Berlin.

Er wünscht ein Verfahren gegen sich.

Oberbürgermeister Böß teilt mit: „Nach meiner Rückkehr von Amerika habe ich feststellen müssen, daß während meiner Abwesenheit gegen mich in einem von mir bisher nicht bekannten Maße schwere, meine Ehre berührende Angriffe erhoben worden sind, ohne daß ich in der Lage war, mich dagegen zu verteidigen. Mit Rücksicht auf die Art der Angriffe sehe ich es als meine Pflicht an, die restlose Aufklärung aller Vorwürfe im Disziplinarverfahren herbeizuführen. Ich habe deshalb heute die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen mich veranlaßt.“

Ich siehe weiter auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, daß ich, während ein Disziplinarverfahren wegen derartigen Angriffe gegen mich schwebt, das Amt des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt ausübe. Daher habe ich mich nach meiner Rückkunft jeder Amtsausübung enthalten und den Herrn Oberpräsidenten gebeten, mich zur Beendigung des Disziplinarverfahrens zu beurlauben.“ Die gescheitete Vertretung des Oberbürgermeisters liegt in den Händen des Bürgermeisters Scholz, auf dessen Schultern schon seit der Abfahrt des Oberbürgermeisters der Hauptteil der Amtsgeschäfte gelegen hat.

Gute Ware für wenig Geld!

Die während meines Ausverkaufs angesammelten

RESTE

sowie die RESTEBESTAENDE

der zum Ausverkauf gelangenden Waren, kommen im Laufe dieser Woche weit unter Preis zum Verkauf, um für neu einreffende Winterwaren Platz schaffen zu können.

Wer daher billig und gut kaufen will, versäume die sich bietende Gelegenheit nicht.

Fritz Vomhof

Erndtebrück.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 1. November er. betr. Abgrenzung der Wahlbezirke, weisen wir darauf hin, daß an Stelle des Wahlvorstehers Kaufmann Rudolf Dresler der Prozeßagent Wilhelm Fischbach getreten ist, welches hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

S a a s p h e, den 1. November 1929.

Der Magistrat: Pränger.

Naumanns Nähmaschinen

sind und bleiben die besten.

Generalvertreter:

August Mittelmann, Laasphe.

Auf Wunsch Teilzahlungen. Reparaturen an Nähmaschinen auch an anderen Marken werden prompt u. billigst ausgeführt.



Heute in der Frühe um 3 1/2 Uhr ist nach schwerem Ringen
unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel,

Herr Carl Zimmermann

Prokurist i. R. des Hessen-Nassauischen Hüttenvereins

im 78. Lebensjahre von uns gegangen.

Im tiefsten Abschiedsweh namens der Verwandten:

Auguste Zimmermann geb. Müller

Dipl.-Ing. Carl Zimmermann

Carola Zimmermann geb. v. Tiffene.

Amalienhütte, Biedenkopf, den 4. November 1929.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. November, um 3 1/2 Uhr nachmittags
vom Sterbehause aus statt, im Anschluß an eine kurze, auf 3 Uhr festgesetzte Hausandacht.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag sowie
zur Gemeindevertretung der Gemeinde Laasphe finden am
Sonntag den 17. November 1929

statt. Die Wahl beginnt an diesem Tage um 9 Uhr vor-
mittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke sowie die Be-
zeichnung der Wahlräume sind aus untenstehender Uebersicht
ersichtlich.

Die amtlich hergestellten Stimmzettel und Umschläge
werden an die Wahlberechtigten im Wahlraum ausgegeben.
Andere Stimmzettel oder Umschläge dürfen im Wahlraum
weder ausgelegt noch verteilt werden.

Zur Stimmabgabe dürfen nur die amtlich hergestellten,
im Wahlraum ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden.
Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wahlberechtigte
durch ein auf den Stimmzettel zu setzendes Kreuz oder in
sonstiger Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorschlag er
seine Stimme geben will. Der Wahlberechtigte darf auf dem
Stimmzettel nur einen Wahlvorschlag zu diesem Zweck an-
kreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen, andernfalls
ist sein Wille nicht unzweifelhaft zu erkennen und der
Stimmzettel ungültig.

Die Stimmzettel dürfen nur in den amtlich gelieferten,
im Wahlraum ausgegebenen Umschlägen von dem Wahl-
berechtigten dem Wahlvorsteher übergeben werden.

Für jede der miteinander verbundenen Wahlen wird mit
einem besonderen Stimmzettel gewählt. Die amtlich her-
gestellten Stimmzettel unterscheiden sich in der Farbe und
dem Aufdruck voneinander in der Art, daß die Stimmzettel
für die Gemeindevahlen auf weißlichem Papier den Auf-
druck „Gemeindevahl“, die für die Amtswahlen auf grün-
lichem Papier „Amtswahl“, die für die Kreistagswahl auf
bläulichem Papier „Kreistagswahl“ und die für die Pro-
vinziallandtagswahl auf rötlichem Papier „Provinzialland-
tagswahl“ tragen.

An Stelle des Aufdrucks „Gemeindevahl“ ist in Städten
der Aufdruck „Stadtverordnetenwahl“ zulässig.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt für die Gemeinde-
und Amtswahlen einerseits und für die Kreis- und Pro-
vinziallandtagswahlen andererseits in je einem gemeinsamen
Umschlag. Die Umschläge für die Gemeinde- und Amtswahlen
sind von weißlicher Färbung, die für Kreis- und Pro-
vinziallandtagswahlen von rötlicher Färbung. Sie tragen
außerdem den Aufdruck „Gemeinde- und Amtswahl“ bzw.
„Stadtverordnetenwahl“ und „Kreis- und Provinzialland-
tagswahl“.

Der Wahlberechtigte erhält am Eingang des Wahl-
raums von einer dort aufgestellten Amtsperson zunächst nur
den Umschlag für die Wahlen zum Kreis- und Provinzial-
landtag. Sodann erhält er an Stimmzetteln, falls er in die
Wählerliste eingetragen ist, je einen Stimmzettel zum Kreis-
tag und Provinziallandtag. Liegt er aber sein Wahlrecht auf
Grund eines Wahlscheines aus, so erhält er

a) wenn der Wahlschein für die Wahlen zur Gemeinde-
vertretung oder zum Kreistage ausgestellt ist, und die
Wahl in einem Abstimmungsbezirk desjenigen Kreises
ausgeübt wird, in dem der Wahlberechtigte seinen
Wohnsitz hat, je einen Stimmzettel für die Kreis- und
Provinziallandtagswahl,

b) in allen anderen Fällen nur ein Stimmzettel für die
Wahl zum Provinziallandtag.

Mit dem Umschlag und den Stimmzetteln bezw. dem
Stimmzettel hat der Wahlberechtigte sich in den Wahlraum
oder an den gegen Sicht geschützten Nebenraum zu begeben,
dort den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will,
auf den Stimmzetteln bezw. dem Stimmzettel in der vor-
geschriebenen Weise zu kennzeichnen und diese alsdann in
den Umschlag zu legen. Beim Verlassen des Nebenraumes
oder Nebenstübes hat er den Umschlag mit den darin befind-
lichen Stimmzetteln in der Hand zu halten.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag, den
5. November 1929, vorm.
10 Uhr, versteigere ich in
der Wirtschaft **Sahmanns-**
hausen in Hesselbach

1 Kuh u. 1 Hind,
ferner werde ich um 12 Uhr
in der Wirtschaft **Wlecher**
in **Danfe**

2 Nähmaschinen
öffentlich meistbietend gegen
Barzahlung versteigern.

Hilfenbach, 4. Nov. 1929.

Wetterhold,
Gerichtsvollzieher.

Weiße am Peghorn

nach 30 — 40 Junghehenen
a. R. M. 7, sowie 1 jährige
Hühner a. R. M. 5, wegen
Mangel abzugeben.

Wickel, Rüppershausen.

Anzeigen,

die an einem bestimmten Tage
erscheinen sollen, müssen bei-
zeiten (nicht erst am Tag
oder Vorabend der Ausgabe)
aufgegeben werden. Ausnah-
men können nur in dringenden
Fällen gemacht werden.

Die vier Glüdlinder vom Kleeblattschloß

Ein heiterer Roman von Friede Birkner.

(Nachdruck verboten.)

Und davon sollte ihm nun ein Viertel gehören! Und noch
dazu so unendlich viel Geld!

„Vergott im Himmel — so viel Geld gibt's ja gar nicht! —
Soll das ein Leben werden! Und amüßant wird's hoffentlich, in-
dem ich annehme, daß die beiden jungen Miterbedamen jung und
knusprig sind. Sella Braun? Hm! Die stellt ich mir klein und
zierlich vor mit braunen Locken und dunklen Augen. Und Hofe
Gerlach! Na, das klingt so mehr nach unnahbarer Blondine!
Der Herr Chemiker wird natürlich unheimlich geküßt sein und
immer irgendeine chemische Formel im Kopfe haben.“

Er las nochmals in dem Testament.
„Hm, in acht Tagen muß ich dort sein. Da werden wir mal
einen kleinen Umweg machen, mein lieber Heinz, und uns noch
einmal in Gottes schöner Welt und unter Gottes schönen Frauen
umschauen, denn ein Jahr muß du dann stillhalten.“

Im selben Augenblicke fiel es ihm aber bellemmend aufs Ge-
müt, daß doch eigentlich seine Garderobe durchaus nicht eines
Schloßbesizers würdig sei. Wie dem aber abhelfen? — Wenn
er nun all seine alten Anzüge verkaufte und sich dafür einen ele-
ganten Reiseanzug nebst Gummimantel anschaffte? Ganz schön!
Was aber dann? Er konnte doch nicht mit einem Anzug und
ohne Koffer dort in Soffienluft antommen?

„Und meine paar Groschen brauche ich doch für die Reise! —
Der schlaue Herr Notar hätte auch einen kleinen Scheck beifügen
können!“ — Nach langem Hin und Her seiner Gedanken kam
Heinz zu dem Schluß, daß ein eleganter Reisebrez unbedingt
erforderlich sei, daß man zweitens Bücher und Zeitungspapier in
den Koffer tun könne, damit er ein glaubwürdiges Gewicht be-
käme, und daß man sich ja drittens und lehtens dort in Soffien-
luft von dem ererbten Geld das Nötige an Garderobe anschaffen
könne.

„So — nun wäre alles schönstens geordnet! — Aufsteher
fahren Sie zurück zur Stadt, zu R... Weinlof. — Ich
muß einen Dankeschoppen genehmigen auf das Wohl des famo-
sen alten Herrn. Und morgen gehts los — hinein ins neue, herr-
liche Leben!“

Sella war eben auf dem Bahnhof in Lindau angekommen
und ließ ihr Gepäck hinüber nach dem Konstanzener Dampfer tragen.
Sie selbst folgte langsam, denn es war noch eine Stunde Zeit bis
zur Abfahrt des Dampfers.

Sie promenierte auf der Raipromenade auf und ab und ging
schließlich bis an die Landungsstelle, wo ein Dampfer von
Bregenz ankam.

Interesslos sah sie das aussteigende Publikum an, bis sie
herzlich aufblicken mußte über eine Gruppe, die über das Laufgitter
vom Dampfer herunterkam.

Ein eleganter, kräftig, doch schlant gewachsener Herr hatte
ein altes Mütterchen samt Marktflasche und Milchkrug hochge-
hoben und trug das ängstliche Mütterchen ruhig und sicher an
Land.

Sella stand so dicht, daß sie die Unterhaltung hören
mußte, die sich zwischen dem ungleichen Paar entspann.

„Na, Mutting, was hab' ich gesagt, ging es nicht famos?“

„Das schon, junger Herr! Es ist aber man für 'ne alte Frau
ein eigen Gefühl, so in der Luft zu schweben.“

„Und vom Dampfer wollten Sie auch nicht ums Leben, weil
Sie Angst hatten, in den Bodensee zu fallen.“

„Wohl, wohl, wenn aber nun meine Milchkanne ausge-
laufen und die schöne Milch dem jungen Herrn über den Anzug
gelaufen wäre?“

„Das wäre auch nicht gefährlich gewesen, von Milch soll
man ja eine glatte Haut bekommen, vielleicht wäre da mein An-
zugstoff auch ein bißel gelockert worden.“ lachte Heinz, denn er
war der hilfreiche junge Herr, der alten Frau ins Gesicht und
schüttelte ihr herzlich die alten Hände. „Also adio, Mutting. Sie
waren mir eine süße Last!“

Aufsteigend sah er in Sella's lachendes Gesicht, die dieser
Szene zusehen. Grappt er über reizenden Persönlichkeiten,
schaute er ihr in die hellen Augen. Erstendts blickte Sella we-
ding langsam zurück nach der anderen Anlegestelle und stellte sich
da, auf die Abfahrt ihres Dampfers wartend, in den Schatten des
alten Turmes.

„Donnerwetter“, murmelte Heinz und sah Sella nach, „ist
die aber hübsch! Was für eigenartige Augen! Von dem Paar
sieht man ja bei dieser verfluchten Putmode nichts! Auf jeden
Fall — ihr nach!“

Langsam und unauffällig folgte er Sella.

„Gamos — Sie scheitern auch nach Konstanz zu fahren! Also
Gebuld, lieber Heinz, die Sache wird sich schon entwickeln bis
Konstanz.“

In möglicher Nähe von Sella stellte er sich auf und ver-
wandte seinen Blick von ihr. Er versuchte zu tagieren, was sie
sei. „Auf jeden Fall große Dame. — Daß sie dann aber so ganz
allein reist! Vielleicht Künstlerin? — Verheiratet? — Ausge-
schlossen, dann würde sie nicht so vernünftig und zufrieden aus-
sehen! Jedenfalls wenn, dann stelle ich mich nicht so einfach als
Heinz Hillberg vor. Auf Reisen kann man ruhig schwindeln —
man sieht sich ja doch nie wieder im Leben.“

Sella, die es vermied, den jungen Mann anzusehen, be-
merkte doch sehr wohl, daß er sie unausgeseht beobachtete, und
sie vernünftige sich darüber. Seine äußere Erscheinung gefiel ihr
Er hatte etwas Ungeklärtes, Grüßliches an sich, wie man in
Deutschland selten einen Menschen fand. Ob er am Ende aus
einem anderen Lande war? Sella wagte einen kleinen Seitenblick, mußte aber
ertrönd sofort wieder wegsehen, da sie geradewegs in sein mil-
den, lustigen Augen des jungen Menschen gesehen hatte.

„Sieber Himmel, der läßt ja gar nicht mehr ab von mir mit
seinen vernünftigen Augen! Aber ein netter Mensch ist er! Was
mag er wohl sein? Der Anzug ist tadellos elegant, das ganze Aus-
sehen sehr sicher! Ob er vielleicht Amerikaner ist? Aber das
spricht er eigentlich zu gut deutsch.“

Sella grübelte über ihn nach und hatte jetzt auch Gelegen-
heit ihn genauer zu betrachten, da er mit dem Gepäckträger verhan-
delte. Da er sehr nahe stand, konnte sie deutlich hören, was er
sagte.

„Der Dampfer nach Konstanz geht hier ab?“

„Ja“, antwortete der Dienstmann, „er wird gleich hier vor-
fahren.“

„Wann kommt er dort an?“

„Dreieinhalb Stunden fährt der Dampfer bis Konstanz.“

„So — danke! Das Gepäck besorgen Sie dann noch auf dem
Schiff.“

„Wird gemacht!“

Sella mußte leise lächeln, als sie hörte, daß der junge Mann
auch nach Konstanz fuhr. Da war sie ja den Blicken des großen
Unbekannten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert auf der gan-
zen Fahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 5. November, 6.30: Wetterbericht und Zeit-
angabe. 13.15: Werbefonzert. 13.30: Schallplattenkonzert: Aus
populären Opern. 15.15—15.45: Stunde der Jugend. 16—17.45:
Von Stuttgart: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.30: Funk-
hochschule: „Moderne Therapie“. 18.50: Französische Literatur-
proben. 19.05: Französischer Sprachunterricht. 19.30: Blasmusik.
20.15: Sinfonie-Konzert. Anschließend: Literarischer Abend. Vor-
tragsstunde. Anschließend: Tangmusik.